

## Pressemitteilung des LAFT Berlin

anlässlich der Veröffentlichung des Kommentars der Jury der Senatskanzlei für kulturelle Angelegenheiten zu den Ergebnissen für die Einstiegs- und Einzelprojekt- und einjährige Spielstättenförderung für freie Theater- und Tanzgruppen im Förderzeitraum 2015

### *Weniger für mehr – Entscheidung der Jury führt zu Selbstaussbeutung und Nicht-Realisierbarkeit der Projekte*

Fast drei Monate nach der Veröffentlichung der Förderergebnisse am 21. Oktober 2014 veröffentlicht die Senatsverwaltung den Kommentar der Jury zur Einstiegs-, Einzelprojekt- und einjährigen Spielstättenförderung Berlins im Förderzeitraum 2015.

Der LAFT Berlin begrüßt den Kommentar grundsätzlich als wichtiges Instrument im kulturpolitischen Dialog. Leider müssen wir jedoch feststellen, dass die verschleppte Veröffentlichungs- und Informationspolitik dieses Förderjahrs nicht zu einem offenen und transparenten Dialog einlädt. Eine Verzögerung über knappe 3 Monate ist nicht nachvollziehbar und für die Beteiligten in der Szene mehr als ärgerlich. Der LAFT Berlin fordert ein schnelleres Verfahren, sowohl bei der Veröffentlichung des Kommentars als auch in Bezug auf die Veröffentlichung der Förderergebnisse selbst. Bereits in den vergangenen Jahren haben wir mehrfach gemeinsam mit anderen InteressensvertreterInnen darauf insistiert, die Veröffentlichung der Ergebnisse grundsätzlich vor dem Abgabetermin für das nächste Förderjahr beim Hauptstadtkulturfonds Berlin zu ermöglichen.

In ihrem Kommentar zeichnet die Jury ein gutes Bild der stetig wachsenden, internationalen und professionellen freien Szene Berlins: Die Anzahl der Anträge ist erneut gestiegen und auch das Antragsvolumen hat sich mit rund 8.386.000 € gegenüber dem Vorjahr mit rund 7.568.000 € deutlich erhöht. Die Jury wertet Anträge mit einem Gesamtvolumen von insgesamt rund 1.656.000 € als förderungswürdig, kann aber nur etwa die Hälfte dieser Summe vergeben (rund 885.000 €). Die Jury merkt an, dass das stetige Wachsen der Szene „Anlass zu Freude und Besorgnis zugleich“ ist und die Frage aufwirft, wie „jetzt und mittel-, wie langfristig (...) KünstlerInnen ihre (...) Projekte verwirklichen sollen“. Der LAFT Berlin unterstützt diese Frage und fordert Politik und Verwaltung auf, endlich die Fördertöpfe dem Bedarf entsprechend aufzustocken.

Die Entscheidung der Jury, in diesem Jahr so viele Projekte wie möglich zu fördern und dafür in den einzelnen Projektbudgets zu kürzen, scheint im Hinblick auf die rasante Entwicklung der Szene auf den ersten Blick höchst nachvollziehbar. Der LAFT Berlin hält diese Entscheidung aber dennoch für ein falsches Signal und weist auf ihre drastischen Folgen hin: Als Konsequenz dieser Entscheidung sind bei nahezu allen AntragstellerInnen, die Förderung erhalten haben, Etatkürzungen von 30 bis 66 % entstanden.

Wir haben betroffene Akteure dazu befragt und alarmierende Rückmeldungen erhalten: Für einige AntragstellerInnen ist es bei Kürzungen von bis zu 66 % nicht möglich, das Projekt mit der erhaltenen Förderung, auch nicht in stark verkleinerter Form, umzusetzen. Andere KünstlerInnen können die Projekte nicht wie beantragt, sondern nur konzeptionell und personell reduziert umsetzen und müssen ihre Konzepte und Planungen vollständig überarbeiten. Zudem haben die meisten der Betroffenen in ihren Projektkalkulationen die Honoraruntergrenze berücksichtigt, welche nun größtenteils nicht mehr gewährleistet werden kann.

Viele Akteure kürzen daher ihre eigenen und die Honorare der Projektbeteiligten und begeben sich in die Selbstausbeutung.

Der LAFT Berlin hält diese Förderpolitik und ihre Konsequenzen der höchst professionellen wie auch qualitativ hochwertigen Freien Szene gegenüber für nicht angemessen. Ein bekanntermaßen zu kleiner Fördertopf legitimiert nicht das 'Tropfen-auf-viele-heiße-Steine-Prinzip', nach dem in diesem Jahr verteilt wurde.

In Zeiten, in denen die Debatte um Prekarisierung (nicht nur!) in der Kunst allerorten geführt wird, in Zeiten, in denen ein flächendeckender Mindestlohn eingeführt wird, in Zeiten, in denen nach jahrelanger kulturpolitischer Arbeit in Berlin eine Sensibilisierung für das Thema Honoraruntergrenze entstanden ist, erscheint diese Strategie als herber Rückschritt.

Erfreulich ist, dass die Jury unserem gemeinsam mit dem Tanzbüro Berlin und dem Zeitgenössischen Tanz Berlin formulierten Bedürfnis nach einem offenen Dialog mit der Freien Szene weiterhin nachkommen möchte und dazu in den nächsten Wochen ein gemeinsames Treffen stattfinden wird.

Auf dem Fachtag „Von Tanz und Theater leben! - Mindestlohn und freies Arbeiten“ des Bundesverbands Freier Theater und des LAFT Berlin, der am 28. Februar 2015 im Radialsystem V stattfinden wird, werden AkteurInnen der freien Szene, VertreterInnen von Jurys und MitarbeiterInnen von Kulturverwaltungen die Auswirkungen der Einführung des Mindestlohns für freies Arbeiten in Kunst und Kultur und die notwendigen Veränderungen in der Kulturförderung diskutieren, um die Zukunft des freien Arbeitens bereits heute positiv zu beeinflussen. Wir hoffen und wünschen, dass durch diesen Dialog und das Engagement aller InteressensvertreterInnen der Freien Szene, die kulturpolitischen Entscheidungen, um in Berlin eine Honoraruntergrenze für freies Arbeiten zu ermöglichen, - endlich - getroffen werden.

Berlin, 23. Januar 2015